

Zu Punkt der Tagesordnung

Interfraktioneller Antrag		0080/2012 öffentlich 01.02.2012
Datum	Gremium	Antragsteller/in
Ö 16.02.2012	Ratsversammlung	Ratsherr Wehner, SPD-Ratsfraktion Ratsherr Scheelje, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Ratsfrau Wegner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Ratsfrau Danker, SSW
<u>Betreff:</u> BürgerInnen - Kommune		

Antrag:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, der Ratsversammlung bis zum Mai 2012 ein Konzept zur Stärkung der Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung in der Landeshauptstadt Kiel vorzulegen.

Hierbei soll geprüft werden, welche über die Beteiligung von Beiräten und Ortsbeiräten hinausgehenden offenen Beteiligungsverfahren mit ihren unterschiedlichen methodischen Ansätzen bei der Landeshauptstadt Kiel Anwendung finden können. Zu prüfen ist jeweils, zu welchem Zweck (Information, Aushandlung, Votum) und bei welchen Vorhaben sie eingesetzt werden können.

In dem Konzept soll dargestellt werden, in welcher Weise die Stärkung von Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung organisatorisch innerhalb der Verwaltung umgesetzt werden kann. Hierbei ist vorzusehen, dass die genannten Aufgaben in einer zentralen Einheit (Servicestelle) gebündelt werden, die die Fachämter bei der Umsetzung und Auswertung von Beteiligungsverfahren unterstützt und für zukünftige Verfahren Qualitätsmerkmale erarbeitet sowie in der Praxis evaluiert. Das Konzept soll möglichst haushaltsneutral umgesetzt werden, gegebenenfalls sind die trotzdem entstehenden Kosten darzustellen. Eine neue Planstelle wird nicht eingerichtet. Die Wahrnehmung der Aufgabe ist im bestehenden Stellenplan darzustellen.

Grundsätzlich kommen nur solche Verfahren in Betracht, bei denen die Teilnahme aller Einwohnerinnen und Einwohner, die von der Angelegenheit betroffen sind, möglich ist. Zu prüfen ist weiterhin, wie Einwohnerinnen und Einwohner einbezogen werden können, die für solche Prozesse bisher schwer zu erreichen waren. Besondere Aufmerksamkeit muss die Barrierefreiheit haben. Eine inhaltliche Kooperation mit dem bereits eingerichteten Büro zur Kinder- und Jugendbeteiligung ist anzustreben.

ner systematischen Bürgerinnen- und Bürger-
qualitätsstandards verfolgt.

u.a.:

1) Beteiligungsverfahren

klare Zielsetzungen (Information, Aushandlung, Votum) und einen eindeu-
tig festgelegten Zeitrahmen

- Eindeutige Zielsetzungen für das Prozessdesign
- Einbindung aller relevanten Interessenverbände

Weiterhin ist zu prüfen, wie die öffentliche Präsentation von Vorhaben im Alten
und Neuen Rathaus verbessert werden kann.

Darüber hinaus ist darzulegen, in welcher Weise das Internet und die sozialen
Netzwerke in den Beteiligungsprozessen einbezogen werden können.

Schließlich soll geprüft werden, ob und inwiefern eine Zusammenarbeit mit den
Kieler Hochschulen möglich ist.

Die Einleitung eines offenen Beteiligungsverfahrens ist der Ratsversammlung
künftig zur Beschlussfassung vorzulegen.

Darüber hinaus ist zu prüfen, wie die Fragestunde für Einwohner/innen (§ 10 Ge-
schO RV) durch moderne Instrumente des Einwohnerdialogs in der Ratsver-
sammlung ergänzt werden kann.

Begründung:

Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern Kiels an den kommunalpolitischen
Entscheidungen, gleichgültig aus welchem Stadtteil, welchen Alters, mit welchen
Bildungsabschlüssen und beruflichen Hintergründen und welcher Nationalität ist
für die Zukunft unserer Stadt von entscheidender Bedeutung.

Die kontinuierliche Durchführung von Beteiligungsverfahren, ob auf der Basis von
gesetzlich eindeutig vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren, oder der in der Zu-
ständigkeitsordnung der Stadt Kiel vorgesehenen Beteiligung von Beiräten und
Ortsbeiräten oder offene Beteiligungsverfahren mit unterschiedlichen methodi-
schen Ansätzen werden von der Ratsversammlung ausdrücklich gewollt.

Die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger als Mitgestalter einer solidarischen
Stadtgesellschaft soll gefördert werden. Die damit verbundene Idee einer Bürger-
Innen-Kommune führt zu einer gesteigerten Zufriedenheit der Bürgerinnen mit
den Planungsprozessen und Leistungen der Stadt. Erwünscht und erwartet ist
eine gesteigerte Teilnahme an der demokratischen Willensbildung und eine Stär-
kung der Stadtgesellschaft. Zugleich wird davon ausgegangen, dass die systema-
tische Beteiligung der BürgerInnen und die professionelle Ausgestaltung der Be-
teiligungsprozesse zu einem besseren Politikergebnis führt.

Gez. Ratsherr Thomas Wehner f.d.R

Gez. Ratsfrau Kirsten Wegner f.d.R
Gez. Ratsherr Dirk Scheelje

Ratsfrau Antje Danker